

Handlungskonzept

„Lokale Partnerschaft für Demokratie“

im Landkreis Leipzig

Zeitraum: 01.01.2022 bis 31.12.2024

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

sowie vom Freistaat Sachsen



Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.



**Lokale
Partnerschaft
für Demokratie**

www.demokratie-leben-iki.de

Inhalt

Präambel.....	3
1. Die Lokale Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Leipzig.....	4
1.1 Struktur der Lokalen Partnerschaft für Demokratie	4
1.1.1 Das Federführende Amt	5
1.1.2 Die Koordinierungs- und Fachstellen	5
1.1.3 Der Begleitausschuss	5
1.2 Netzwerk der Partnerschaft.....	5
1.3 Finanzierungsstruktur und Förderbereiche der Partnerschaft für Demokratie laut Bundesrichtlinie.....	5
1.4 Rückblick	6
2. Bestandsanalyse - Der Landkreis Leipzig in Zahlen und Fakten.....	6
2.1 Gebietsübersicht	6
2.2 Akteure der Demokratietarbeit	7
2.3 Jugendbeteiligung.....	7
3. Situationsanalyse zu demokratiefeindlichen Bestrebungen.....	8
3.1 Politische Kriminalität – Rechts	8
3.2 Politische Kriminalität - Links	9
3.3 Politische Kriminalität - Religiös.....	9
3.4 Extremismus mit Bezug zum Ausland	9
3.5 Reichsbürger.....	9
3.6 Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates	10
3.7 Antidemokratische und fremdenfeindliche Einstellungen	10
3.8 Zusammenfassung der Situations- und Bestandsanalyse	10
3.9 Ausblick und Ansatz	
4. Schwerpunkte der Arbeit der Partnerschaft von 2022-2024.....	10
4.1.1 Inhaltliche Maßnahmen der Partnerschaft für Demokratie.....	12
4.1.2 Zielgruppen.....	13
4.1.3 Schwerpunktregionen	
4.2 Strukturelle Maßnahmen der Partnerschaft für Demokratie.....	13
Fazit	15

Präambel

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend – BMFSFJ – fördert seit 2015 über das Programm „Demokratie leben!“ das zivilgesellschaftliche Engagement für Demokratie, für Vielfalt und gegen jede Form von Extremismus. Die Partnerschaft für Demokratie ist das Nachfolgeprogramm vom Lokalen Aktionsplan, der 2007 im Rahmen des Bundesprogrammes VIELFALT TUT GUT entwickelt, bis 2010 umgesetzt und ab 2011 unter dem Bundesprogramm TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN fortgeschrieben wurde. In allen Projektbereichen entwickelte sich in Zusammenarbeit mit Kommunen, Vereinen, Initiativen, Verwaltung und weiteren Fachkräften ein stabiles Netzwerk. Ziel der Partnerschaft ist es, eine demokratische, gewaltfreie und beteiligte Bürgerschaft zu stärken, welche sich respektvoll mit politischen und gesellschaftlichen Themen auseinandersetzen kann.

Demokratie steht in diesem Zusammenhang nicht nur für eine Regierungsform. Es geht vor allem um die Art und Weise, wie wir uns verhalten und zusammenleben. Die in den Normen unseres Grundgesetzes verankerten Werte bilden den Rahmen für ein gutes, friedliches und solidarisches Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Glauben. Diese Grundsätze und Menschen, die diese vertreten, werden jedoch immer wieder auf unterschiedlichste Arten angegriffen. Kernpunkte bilden dabei antidemokratische Einstellungen, Alltagsrassismus, extremistische Aktivitäten, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Antisemitismus. Ziel der Lokalen Partnerschaft für Demokratie im Landkreis ist es, die Werte und Rechte unseres Grundgesetzes gewaltfrei zu kommunizieren und zu publizieren und sich auseinanderzusetzen. Dies bildet die Basis für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung.

1. Die Lokale Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Leipzig

Demokratie wird jeden Tag auch auf kommunaler Ebene neugestaltet. Ein Teil davon wird im Landkreis Leipzig durch die Lokale Partnerschaft für Demokratie begleitet. Vereine und Initiativen werden durch demokratische Entscheidungsprozesse mit attraktiven Ideen zur Beteiligung, zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bzw. zur Vorbeugung von menschen- oder demokratiefeindlichen Haltungen und Einstellungen fachlich und finanziell unterstützt. Dabei sollen möglichst alle Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises einbezogen werden und eine Stimme erhalten. Herz der Partnerschaft für Demokratie bildet der Begleitausschuss, welcher mit der Expertise seiner Mitglieder aus Vereinen und Verwaltung, Interessierten oder Menschen mit Fragen und Problemen vor Ort, mit Rat und Tat zur Seite steht. Akteur*innen, welche Projekte umsetzen möchten, können sich an die Servicestelle Fachberatung wenden, welche dann von der Projekterarbeitung bis zur -umsetzung begleitet werden. Das zweite Standbein bildet die Zusammenarbeit mit Kommunen im Landkreis. Hier werden lokale Verwaltungen bei Fragen zur Beteiligung oder bei antidemokratischen bzw. menschenverachtenden Vorfällen beraten und unterstützt. Fortbildungen zu allgemeinen Themen werden durch die Mitarbeiterinnen der Partnerschaft für Demokratie organisiert und allen Verwaltungen angeboten. Die Partnerschaft ist Ansprechpartner, Berater und Vermittler bei Fragen zu Demokratieangelegenheiten und in Konfliktsituationen z. B. bei menschenverachtenden Vorfällen.

1.1 Struktur der Lokalen Partnerschaft für Demokratie

Innerhalb der Prozesse stellt sich die Partnerschaft demokratisch auf und strukturiert alle Entscheidungsprozesse beteiligungsorientiert.



1.1.1 Das Federführende Amt

Die Lokale Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Leipzig ist federführend im Jugendamt verortet. Es dient als lokaler, zentraler Ansprechpartner und trägt die Verantwortung der Partnerschaft für Demokratie. Zusätzlich übernimmt es die Berufung, Gestaltung und Organisation der Koordinierungs- und Fachstellen (KuF), des Begleitausschusses (BgA) und eine bedarfsgerechte Form der Jugendbeteiligung.

1.1.2 Die Koordinierungs- und Fachstellen

Die KuF werden bei einem freien Träger eingerichtet. Zu Ihren Aufgaben zählt die Gesamtkoordination der Partnerschaft für Demokratie in Zusammenarbeit mit dem federführenden Amt, dem BgA und weiteren Akteurinnen und Akteuren. Die KuF Fachberatung und Vernetzung ist schwerpunktmäßig mit der Beratung und Begleitung der Projekte (Einzelmaßnahmen) betraut. Die KuF Beteiligungsförderung und Öffentlichkeitsarbeit bewirtschaftet ganzjährig den Fördertopf für kleine Maßnahmen und Tagesveranstaltungen (Aktionsfonds) sowie den Fördertopf im Rahmen der bundesweiten Interkulturellen Woche. Zusätzlich ist sie für das Marketing und die Öffentlichkeitsarbeit der Partnerschaft für Demokratie verantwortlich.

1.1.3 Der Begleitausschuss

Das wesentliche Element der Partnerschaft für Demokratie ist der Begleitausschuss. Er besteht mehrheitlich aus lokalen und regionalen Handlungsträgern der Zivilgesellschaft, welche aktiv für ein gleichberechtigtes, vielfältiges, inklusives Zusammenleben eintreten. Daneben sind Vertreterinnen und Vertreter aus den relevanten Ressorts der kommunalen Verwaltung und anderer staatlicher Institutionen vertreten. (Anlage 1: Mitglieder des Begleitausschusses). Der BgA ist für die strategische Planung und Organisation zuständig. Zusätzlich entscheidet er, welche Einzelmaßnahmen der Zielerreichung dienen und spricht Förderempfehlungen aus.

1.2 Netzwerk der Partnerschaft

Die Lokale Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Leipzig greift auf ein umfassendes Netzwerk zurück. Es existiert eine Vielzahl lokaler, zivilgesellschaftlicher Akteur*innen, welche in großen Teilen des Landkreises aktiv sind. Zusätzlich besteht ein weiterer Austausch mit Akteur*innen außerhalb des Landkreises. Eine enge inhaltliche Zusammenarbeit besteht neben allen relevanten Ressorts der Landkreisverwaltung auch mit der Polizeidirektion Leipzig sowie dem Landesamt für Schule und Bildung Leipzig. Die Akteure werden in die Erarbeitung der Konzeption eingebunden.

1.3 Finanzierungsstruktur und Förderbereiche der Partnerschaft für Demokratie laut Bundesrichtlinie

Fördermittelgeber			
Bund – Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BaFzA)	Landkreis Leipzig	Freistaat Sachsen-Landespräventionsrat (LPR)	
Demokratie leben!	Partnerschaft für Demokratie	Partnerschaft für Demokratie	
Zielgerichtete Zusammenarbeit aller vor Ort relevanter Akteure gegen Extremismus, Gewalt und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit			
Förderbereiche			
Fach- und Koordinierungsstellen	Aktions- und Initiativefonds	Jugendforum	Öffentlichkeitsarbeit
Anbindung bei freiem Träger mit fachlicher Expertise	Umsetzung der Einzelmaßnahmen (Projekte) durch freie Träger	Stärkung der Beteiligung junger Menschen	Demokratiekonferenz
Umsetzung der Pfd		Verwaltung des Jugendfonds	Vernetzungsarbeit
Beratung und Begleitung von Einzelmaßnahmen		Beratung weitere Jugendgruppen im Landkreis	Information und Marketing

1.4 Rückblick

Die Lokale Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Leipzig setzte in den letzten 5 Jahren 112 – großteils jährliche – Projekte aus dem Initiativfonds mit 31 verschiedenen Akteur*innen sowie mehrere hundert, niederschwellig angelegte Angebote im Bereich des Fördertopfes für Tagesveranstaltungen (Aktionsfonds), über die Interkulturelle Woche und den Jugendfonds um. Themenbezogene Fachfortbildungen werden nach Bedarf organisiert und kostenfrei angeboten. Wir erreichen somit unterschiedlichste Zielgruppen, eine breite Trägervielfalt und können auf qualitativ hochwertige, lokale Kooperationspartner zugreifen, welche sich ständig weiterentwickeln und wachsen. Die LPD ist somit nicht nur für die Umsetzung der Projekte verantwortlich, sondern begleitet Akteurinnen und Akteure auch vom Einstieg in die Demokratietarbeit bis hin zur Eigenständigkeit.

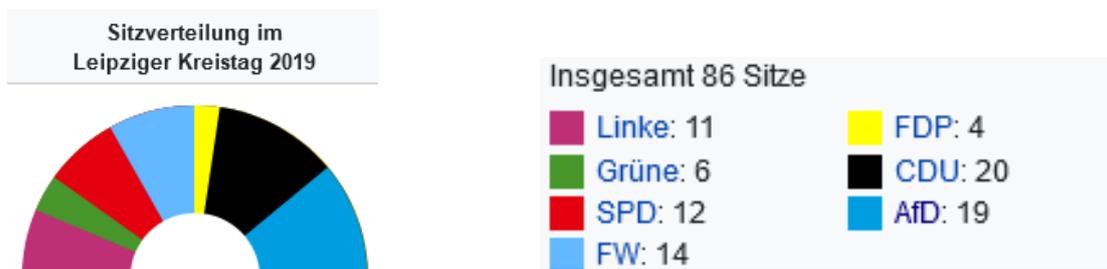
Die Lokale Partnerschaft für Demokratie greift in den Projekten neben Beteiligungsfragen, historisch politischer Bildungsarbeit auch Themen auf, welche Konfliktpotential beinhalten. Es zählt, allen Menschen Gehör zu verschaffen und auf demokratische Weise Ergebnisse herbeizuführen, die durch alle getragen werden können – ohne dass sich jemand ausgegrenzt fühlt. Dazu zählen miteinander zu reden und zuzuhören, die unterschiedlichen Meinungen zu akzeptieren, darüber zu diskutieren, sich damit auseinanderzusetzen. Wichtig ist, rechtzeitig ins Gespräch gehen, ehe Menschen mit antidemokratischen Einstellungen und Meinungen sich abgehängt fühlen und den Einstieg in Strukturen finden, die für diese Einstellungen offen sind.

2. Bestandsanalyse - Der Landkreis Leipzig in Zahlen und Fakten

2.1 Gebietsübersicht

Fläche: rund 1.651 km²
Kreisgliederung: 4 große Kreisstädte
26 Städte und Gemeinden

Zusammensetzung Kreistag Landkreis Leipzig



Einwohner*innen: 258.326 (Stand 30.06.2020) (Tendenz steigend)
Jugendliche: 0-27 Jahre: 55.246 bzw. 10-25 Jahre: 29.700
Senior*innen ü 65 Jahre: 68.092
Nichtdeutsche: 7.626
davon Asylbewerber/Geduldete: 1.311 (918 Erwachsene, 393 U18)
Menschen mit Behinderung: 51.784
Darunter: 32.147 mit dem Status schwerbehindert

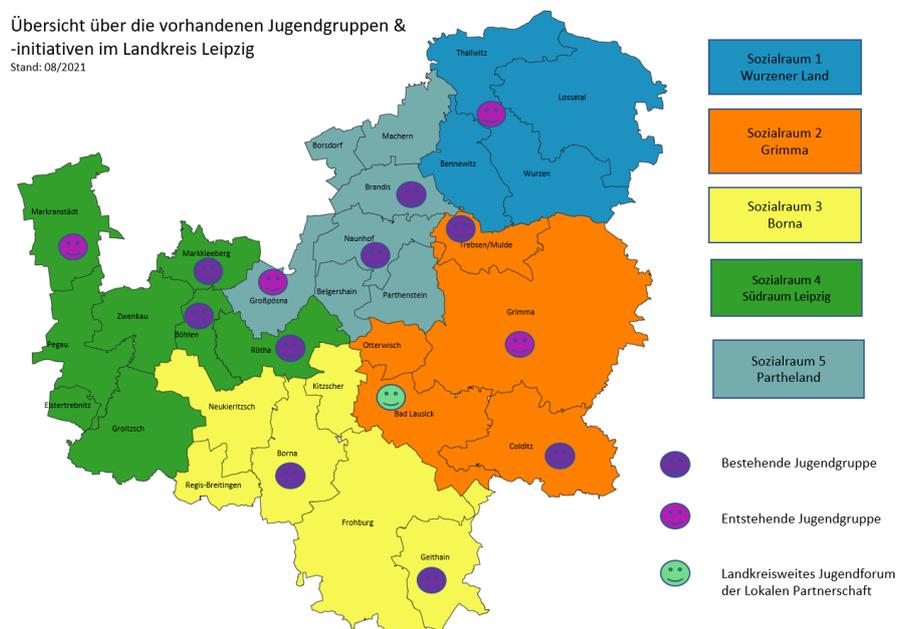
Neben der allgemeinen Tendenz der Überalterung im gesamten Freistaat Sachsen (Durchschnittsalter LKL: 47,9 Jahre, 34,3% aller Bewohner des LKL sind älter als 60 Jahre¹), ist im Landkreis Leipzig seit 2017 ein leichter Anstieg der Altersgruppe von jungen Menschen unter 27 Jahren zu verzeichnen. Der Anteil der 0 bis 18-Jährigen ist steigend. Lediglich der Anteil der jungen Volljährigen ist stark sinkend. Der Landkreis Leipzig kann seit sieben Jahren auf konstante Geburtenzahlen von rund 2.000 Kindern pro Jahr zurückblicken. Zusätzlich wirkt sich der Zuzug, welcher 2015 bis 2019 den Fortzug überstieg, positiv auf die Bevölkerungszahlen aus.

2.2 Akteure der Demokratiearbeit

Neben der Arbeit der Lokalen Partnerschaft für Demokratie bestehen weitere Initiativen und Gremien, welche sich mit der Demokratiestärkung beschäftigen. Dazu zählen auf Landkreisebene der kommunale Präventionsrat, die Arbeitsgruppe Prävention im Team, Flüchtlingssozialarbeit, flächendeckende Schulsozialarbeit sowie 28 Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Die Kirchgemeinden sowie der Kreissportbund halten eigene Mittel für Demokratieprojekte bereit. Mehrere Kommunen beschäftigen sich im Rahmen der Allianz Sichere Sächsische Kommunen (ASSKom) mit demokratiegefährdenden Auffälligkeiten. Bürgerbeteiligungsprozesse werden eingesetzt und beispielsweise in der MitMachStadt Brandis gelebt. LEADER unterstützt Beteiligungsprozesse zusätzlich.

2.3 Jugendbeteiligung

Die Jugendbeteiligung erlebt seit der Novellierung der Sächsischen Gemeindeordnung² einen Anstieg. Aktuell bestehen im Landkreis fünf Jugendforen, drei Jugendinitiativen, ein Jugendbeirat und ein Jugendparlament. Vier weitere Jugendparlamente sind aktuell im Entstehen. Durch den Kreistagsbeschluss vom 19.05.2021 wurde der Auftrag zur Erarbeitung eines Konzeptes der jugendgerechten Beteiligung auf Kreistageebene an das Jugendamt erteilt. Die Umsetzung soll bis Ende 2022 erfolgen.



¹ Konzept Sozialräumliche Gliederung des Landkreises Leipzig, Fortschreibung, Stand: 12/2019.

² Januar 2018 wurde Kinder- und Jugendbeteiligung als Soll-Bestimmung in der Sächsischen Gemeindeordnung (§47a) sowie der Landkreisordnung (§43a) verankert und damit erstmals eine ausdrückliche und verbindliche Regelung im Freistaat Sachsen verabschiedet.

3. Situationsanalyse zu demokratiefeindlichen Bestrebungen

In der Demokratiearbeit geht es vor allem darum, unterschiedliche Meinungen, Kulturen, Lebensformen und Religionen zu respektieren und zu tolerieren. In einem Austausch auf Augenhöhe werden alle Menschen mit Respekt behandelt. Die Würde jedes Einzelnen zu schützen, ist bereits in § 1 unseres Grundgesetzes geregelt. Wenn es nicht gelingt, den gegenseitigen Respekt zu wahren und zusammengearbeitet wird, gelangt man schnell in antidemokratische und menschenfeindliche Bahnen bis hin zum Extremismus und Radikalen, aus unterschiedlichen politisch motivierten Richtungen.

In Zusammenarbeit mit der Polizeidirektion Leipzig, dem Landesamt für Verfassungsschutz, dem Demokratiezentrum inkl. des Netzwerkes (hier insbesondere Kulturbüro Sachsen, RAA Opferberatung) und der internen Verwaltung wurde ein aktuelles Lagebild zu den antidemokratischen Bestrebungen im Landkreis Leipzig, die gegen das Sicherheitsgefühl oder gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind, zusammengefasst. Für die Einschätzung haben wir mit Fachleuten aus dem Demokratiezentrum Sachsen gesprochen. Die Zahlen wurden von offiziellen Statistiken des Landesamtes für Verfassungsschutz sowie der politisch motivierten Kriminalitätsstatistik des Freistaates Sachsen entnommen. Die Unterteilung der Bereiche entspricht der Unterteilung des Landesamtes für Verfassungsschutz:

3.1 Politische Kriminalität – Rechts

Gemäß der politisch motivierten Kriminalitätsstatistik des Freistaates Sachsen gab es in 2020 190 und in 2021 (Stand: 31.05.21) 44 Fälle politisch motivierter Kriminalität im Bereich rechts. Schwerpunktregionen in 2020 waren Wurzen (45 Fälle), Grimma (28 Fälle), Machern (19 Fälle), Trebsen (12 Fälle) sowie Borna und Markkleeberg (jeweils 11 Fälle). In 2021 liegt der Schwerpunkt mit Stand 31.05. auf folgenden Kommunen: Grimma (12 Fälle), Geithain (7 Fälle), Borna (6 Fälle). Die am häufigsten verwirklichten Straftaten sind Propagandadelikte (bspw. Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen). Körperverletzung machte 2020 2% und 2021 5% der Gesamtstraftaten aus.

Die Opferberatung der RAA unterstützt Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt, auch wenn diese Vorfälle nicht zwangsläufig zur Anzeige gebracht werden. Dabei registrierte die Opferberatung seit 2010 292 rechte Angriffe im Landkreis Leipzig. Rund 13% der Opfer waren Minderjährige. Bei mehr als 50% ist das Tatmotiv Rassismus zuzuordnen. Hauptstrafatbestandteile bilden Körperverletzung (einfache und gefährliche) sowie Nötigung bzw. Bedrohung.

Laut Verfassungsschutzbericht³ 2019 stieg das rechte extremistische Personenpotential im Landkreis Leipzig weiter an (2018: 150-200 Personen/ 2019:200-250 Personen). Die starke Vernetzung geht über die Landkreisgrenzen hinaus und wird durch regelmäßige Musikveranstaltungen gefördert. Neben der nationalsozialistischen Szene gibt es eine unstrukturierte subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene, dazu gehören vor allem Fußballanhänger. Auch die rechtsradikale Kampfsportszene hat einen festen Standpunkt im Landkreis und spricht vor allem Jugendliche an. Der Erwerb von Immobilien und der Ausbau von Büros, Trainingsräumen, Seminarräumen und Kneipen gelten in der Szene als effizienteres Mittel im politischen Kampf und dienen dem Strukturaufbau. Neben allgemeinen Vernetzungsstrukturen ist der Immobilienankauf auch im Landkreis Leipzig auffallend. Bereits 2019 veröffentlichte die Szenezeitschrift *NS Heute* einen Artikel in dem zur Verlagerung der Szeneaktivitäten von Aufmärschen hin zu Immobilienkäufen aufgerufen wird. Die Prävention im Bereich rechte politische Kriminalität bildet den Schwerpunkt der Lokalen Partnerschaft im Landkreis Leipzig.

³ Verfassungsschutzbericht 2019 S. 134-136

3.2 Politische Kriminalität - Links

Gemäß der politisch motivierten Kriminalitätsstatistik des Freistaates Sachsen gab es in 2020 36 und in 2021 (Stand: 31.05.21) 7 Fälle politisch motivierter Kriminalität im Bereich links. Während 2020 Grimma (9 Fälle), Borna (5 Fälle), Markkleeberg und Brandis (jeweils 4 Fälle) Haupttorte waren, verteilen sich die 7 Fälle in 2021 auf 6 Kommunen (Hauptstraftatbestand: Sachbeschädigung, Beleidigung). Erstmals in 2020 übersteigt die Gewaltkriminalität – links - mit 7 Straftaten die von rechts mit 4 Straftaten. 2021 sind noch keine Straftaten im Bereich der Gewaltkriminalität bekannt. ⁴Bei öffentlichen Aktivitäten besetzten Linksextremisten die Themenfelder „Antifaschismus“ und „Klima“ und nehmen politischen Einfluss auf Teilnehmer von Protestaktionen. Dabei mobilisierten linksextremistische Gruppen für das nicht extremistische Klimacamp im Landkreis Leipzig und begründeten dies damit, dass ein „Kampf für Klimagerechtigkeit“ nicht ohne einen „Kampf gegen rechts“ vorstellbar sei. Linksextremismus streift auch den Landkreis Leipzig und wird gewaltbereiter. Insgesamt bildet er noch keinen Schwerpunkt. Die Entwicklungen werden weiter beobachtet und in enger Abstimmung mit den zuständigen Behörden eingeschätzt.

3.3 Politische Kriminalität - Religiös

Laut der Darstellung politisch motivierter Kriminalität des Landesamtes für Verfassungsschutz gab es in 2019 einen Fall von Gewaltkriminalität im religiösen Bereich. Gemäß der Aussage der KoRA (Koordinierungs- und Beratungsstelle Radikalisierungsprävention) im Freistaat sind religiös-extremistische Strukturen im Landkreis nicht bekannt. ⁵Über salafistische Strukturen der nahe gelegenen Al-Rahman-Moschee (Leipzig) mit dem Imam Hassan Dabbagh wurde informiert. Den Fachkräften im Landkreis ist dies bekannt und sie wissen über ein Wirken auch in sozialen Netzwerken (z.B. Facebookauftritt: „Der Weg zum Wissen“), welches die Selbstradikalisierung vorantreibt. Um Radikalisierungen entgegen zu wirken, wurden auch in diesem Bereich Präventionsangebote durchgeführt und sollen fortgeführt werden.

3.4 Extremismus mit Bezug zum Ausland

Zu extremistischen ausländischen Ideologien wurden 2020 3 Propagandadelikte registriert. Die Zahl ist gestiegen. Die Fälle werden weiterbeobachtet und in enger Abstimmung mit den zuständigen Behörden eingeschätzt.

3.5 Reichsbürger

Die Reichsbürger und Selbstverwalter sind seit dem 1. Dezember 2016 ein Beobachtungsobjekt des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen⁶. Sie lehnen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland sowie deren Rechtssystem u.a. gewalttätig ab. Dem Landkreis Leipzig sind ca. 40 – 60 Personen zuzuordnen. Man geht davon aus, dass ca. 7% innerhalb des Spektrums den Rechtsextremisten zuzuordnen ist. 1,8% sind Inhaber einer waffenrechtlichen Erlaubnis. Die Zahlen sind im Vergleich zu 2018 gesunken⁷ (ca. 71-100 Personen). Mehrere Plakate, welche für ein „Referendum über Siegelrechte“, eine „staatliche Gemeinderatswahl“ und die Wahl eines „Verwesers“ werben, wurden in Ortsschaukästen ausgehängen⁸. Kommunen berichten über regelmäßige Anfeindungen und Briefe, welche sie erreichen.

⁴ Verfassungsschutzbericht 2019 S. 213 Region Nordsachsen

⁵ Verfassungsschutzbericht 2019 S. 246-247

⁶ Verfassungsschutzbericht 2019 S.170

⁷ Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2018 S.192

⁸ <https://www.medien-service.sachsen.de/medien/news/251824>

3.6 Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates

Seit 2021 sind Querdenker und die Anti-Corona-Protestszenen im Fokus des Verfassungsschutzes. Legitime Proteste gegen die Corona Politik werden dabei instrumentalisiert und Eskalationen provoziert⁹. Dabei stehen nicht Proteste gegen Corona-Schutzmaßnahmen im Vordergrund. Verbindungen zu Reichsbürgern und Rechtsextremisten werden gesucht, das Ignorieren behördlicher Anordnungen propagiert und das staatliche Gewaltmonopol negiert. Auf diesem Weg wird das Vertrauen in staatliche Institutionen zerstört. Im Landkreis Leipzig wurden die Versammlungen oft zu Spaziergängen umgewidmet. Ein Schwerpunkt bildeten hier die Orte an der B107 – ausgehend von Wurzten/Bennwitz über Schmölen, Trebsen, Grimma bis nach Colditz¹⁰. Dabei nahmen auf vereinzelt Veranstaltungen auch Vertreter der JN, des III. Weges und der neuen Partei¹¹, „Freie Sachsen“, welche vom LfV Sachsen als rechtsextremistische Bestrebung eingestuft wurde, teil.

3.7 Antidemokratische und fremdenfeindliche Einstellungen

Bereits an der Vielzahl der Propagandadelikte lässt sich ein Stimmungsbild erkennen. Zusätzlich dienen uns die Erkenntnisse der Prävention im Team-Schülerbefragung im Landkreis aus den Jahren 2019/2020. Dabei erhielten antidemokratische und ausländischerfeindliche Aussagen hohe Zustimmung. Knapp jeder fünfte Jugendliche der befragten Teilnehmer hat bereits einmal einen Menschen, der zu einer gesellschaftlichen Minderheit gehört, beleidigt oder in einer anderen Weise herabgewürdigt¹². Mehr als 40% der SchülerInnen äußerten sich mindestens zu einer der 5 antidemokratischen Aussagen zustimmend¹³.

3.8 Zusammenfassung der Situations- und Bestandsanalyse

Im Landkreis existieren eine Vielzahl aktiver Akteur*innen, die sich für ein gewaltfreies, demokratisches Zusammenleben einsetzen. Trotz dessen haben verfestigte Strukturen im Landkreis ihren Platz, welche in Teilen gesellschaftsfähig werden. Auch wenn die mehrheitlichen Taten den Propagandadelikten zuzuordnen sind, treten Gewaltdelikte im wieder auf.

4. Arbeitsweise und Ziele der Partnerschaft von 2022-2024

Die umfangreichen Zahlen und Fakten zur Situationsanalyse zeigen auf, wo Gesprächsbedarf besteht, an welchen Punkten und mit welchen Argumenten wir Menschen an radikale Strukturen verlieren und verweisen auf Möglichkeiten, Angebote zu entwickeln und aufzuklären. Unsere Demokratiearbeit im Landkreis Leipzig setzt an, bevor Menschen in Strukturen rutschen und leistet umfassende Aufklärungs- und Präventionsarbeit. Unser Ziel ist es, die Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises zu sensibilisieren und demokratische Räume zu schaffen. Dabei geht es nicht um schulische Belehrungen, sondern um die Erkenntnis, wie wertvoll die Demokratie als Grundwert für unsere Gesellschaft ist und welche Vorteile sie hat. Hierbei muss vor allem verstanden werden, dass Demokratie nicht nur mit Politik gleichzusetzen ist. Für die Einwohnerinnen und Einwohner soll die Demokratie und deren Prozesse erlebbar und vor allem greifbar gestaltet werden. Eine gelebte Beteiligung schafft Akzeptanz und Verständnis. Die enge Zusammenarbeit mit und Unterstützung der Kommunen sehen wir als wichtiges Stellrad. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu stärken und auszubilden, bildet eine weitere wichtige Säule. Das vorhandene Netzwerk muss ausgebaut und gestärkt werden, um in der

⁹ <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2021/2021-04-29-querdenker.html>

¹⁰ Situationsbeschreibung MBT/RB Nordwest vom 15.06.2021

¹¹ <https://www.medien-service.sachsen.de/medien/news/253332>

¹² PiT – CTC – LK – LE Gebietsprofil S. 37 Nr. 5.9

¹³ PiT – CTC – LK – LE Gebietsprofil S. 44

gesamten Fläche des Landkreises verlässliche Ansprechpartner zu generieren. Die Expertise des Begleitausschusses steht den Interessierten und Hilfesuchenden zur Verfügung.

4.1.1 Ziele der Lokalen Partnerschaft für Demokratie

Leitziel	
Die Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Leipzig verfolgt die Umsetzung einer lokalen, nachhaltigen Strategie zur Stärkung des demokratischen und humanistischen Grundverständnisses von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen sowie zur Aktivierung und Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements gegen jede Art von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Diskriminierung und Vorurteilen.	
Mittlerziele	Handlungsziele
<p>Mittlerziel 1</p> <p>DEMOKRATIE FÖRDERN</p> <p>Beteiligung – In den Kommunen bestehen vielfältige Formen und Zugänge für die Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohnern am politischen und gesellschaftlichen Leben.</p>	<p>Handlungsziel 1.1 - KOOPERATION</p> <p>Es bestehen tragfähige Kooperationen zwischen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, Schule sowie Netzwerkpartner*innen und der Verwaltung, welche Beteiligungsprozesse in den Kommunen anstoßen und nachhaltig verankern.</p> <p>Handlungsziel 1.2 - KOMMUNIKATION</p> <p>Einwohnerinnen und Einwohner sind für Beteiligungsmöglichkeiten sensibilisiert und verfügen über die notwendigen Informationen. Sie werden dazu ermutigt, diese für ihre Belange zu nutzen.</p> <p>Handlungsziel 1.3 - TEILHABE</p> <p>Offene Kommunen und Städte, welche allen Altersgruppen die Einbeziehung durch Mitwirkungs- und Mitbestimmungsprozesse ermöglichen, sind vorhanden.</p> <p>Handlungsziel 1.4 - KINDER/JUGENDLICHE</p> <p>Im Gemeinwesen werden Beteiligungsprozesse schon von Kindesalter an gefordert und unterstützt.</p>
<p>Mittlerziel 2</p> <p>VIELFALT GESTALTEN</p> <p>Das soziale Miteinander ist durch die Offenheit für unterschiedliche Lebensentwürfe geprägt sowie durch eine demokratische, antidiskriminierende Haltung gekennzeichnet. Ge-</p>	<p>Handlungsziel 2.1 - EMPOWERMENT</p> <p>Von Diskriminierung betroffene Personen/Gruppen sowie von engagierten Akteurinnen und Akteure werden gestärkt, beteiligt und ermutigt, selbstbestimmt zu handeln. Dazu werden gezielte Formate entwickelt und umgesetzt. Die Selbstorganisation benachteiligter Gruppen wird unterstützt.</p>

<p>sellschaftliche Konflikte werden demokratisch auf Augenhöhe ausgehandelt.</p>	<p>Handlungsziel 2.2 - BEGEGNUNG</p> <p>Möglichkeiten der wertschätzenden Begegnung unterschiedlicher Menschen/Gruppen sind gegeben. Dazu werden Orte und Freiräume geschaffen sowie Ressourcen zur Verfügung gestellt. Eine Kultur der Anerkennung wird gelebt.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Umsetzung und Koordinierung der Interkulturellen Woche als Möglichkeit der niedrigschwelligen Beteiligungsmöglichkeit • Verschiedene Projekte mit Begegnungs- und Dialogformaten sollen für verschiedene Zielgruppen eingesetzt werden, um diese zu unterstützen und zu motivieren. <p>Handlungsziel 2.3 - VIELFALT</p> <p>Die vielfältigen Lebensentwürfe, Biographien und Lebenswelten werden in ihren unterschiedlichen Ausdrucksformen in Projekten erfahrbar und erhalten öffentliche Anerkennung.</p>
<p>Mittlerziel 3</p> <p>GRUPPENBEZOGENER MENSCHENFEINDLICHKEIT VORBEUGEN</p> <p>Die Einwohnerinnen und Einwohner (im Landkreis Leipzig) sind über menschenfeindliche und Menschen verachtende Aktivitäten und Einstellungen informiert. Sie sind für bestehende Erscheinungsformen von Diskriminierung und Abwertung sensibilisiert und werden in diesem Themenfeld aktiv.</p>	<p>Handlungsziel 3.1 - DISKRIMINIERUNG/VORURTEILE</p> <p>Jegliche Form von Diskriminierung und Vorurteilen beispielsweise aufgrund rassistischer oder ethnischer Zuschreibungen, des Geschlechts, der sexuellen Identität, einer Beeinträchtigung, des Lebensalters, der Herkunft, der Religion bzw. Weltanschauung werden in verschiedenen Veranstaltungsformaten mit allen Altersgruppen thematisiert und bearbeitet.</p> <p>Handlungsziel 3.2 - NEONAZISMUS</p> <p>Neonazistische Aktivitäten und Einstellungen im Landkreis werden offen thematisiert. Dazu werden gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Verwaltung Handlungsstrategien erarbeitet, die beteiligungsorientiert sowie öffentlich wahrnehmbar umgesetzt werden.</p> <p>Handlungsziel 3.3 - ERINNERUNGSKULTUR</p> <p>Historische und aktuelle Erscheinungsformen nazistischer Aktivitäten werden thematisiert. In verschiedenen Veranstaltungsformaten wird dazu aufgeklärt.</p>

4.1.2 Inhaltliche Schwerpunkte und Maßnahmen der Partnerschaft für Demokratie

Anhand der Evaluation der Partnerschaft für Demokratie und des aktuellen Lagebildes wurde im Juli 2021 die Zielpyramide angepasst und durch den Begleitausschuss bestätigt. Aus der Zielpyramide heraus haben sich die Schwerpunkte „Beteiligung“ und „Prävention in Phänomenbereichen politisch motivierter Kriminalität“ herauskristallisiert. Diese beiden Schwer-

punkte sollen intensiv bearbeitet werden und Hauptschwerpunkt der Partnerschaft für Demokratie bis 2024 bilden. Anhand dieser Festlegung soll die Wirksamkeit nachvollziehbarer werden.

Schwerpunkt 1: Landkreisweite beteiligte, engagierte Einwohnerschaft

Maßnahme 1.1: Aufklärung und Festigung von Mitbestimmungsstrukturen und Mitgestaltungsmöglichkeiten in allen Altersgruppen, beispielsweise durch:

- Wahlaufklärung vgl. Wahlfun
- Kinderspielstadt
- Jugendbudget pro Sozialraum
- Maßnahme 1.2: Stärkung und Unterstützung der Kommunalverwaltungen: beispielsweise durch:
 - Projekte, welche auf eine durch die Kommune gemeldete, bestehende Thematik reagieren (positives Votum der Kommune)
 - Ausbildung und zur Verfügung-Stellung von Moderatoren/Coaches für kommunale Veranstaltungen

Schwerpunkt 2: Prävention gegen demokratiefeindliche Bestrebungen in allen Phänomenbereichen politisch motivierter Kriminalität

- Maßnahme 2.1: Sensibilisierung und Aufklärung zu Phänomenbereichen, Fähigkeit, kritisch menschenverachtende, antidemokratische Denk- & Handlungsmuster zu erkennen und entgegen zu treten
 - Workshops, Aktionstage, Argumentationstrainings, APP (z.B. Hidden Codes)
 - Planspiel
- Maßnahme 2.2: Erinnerungskultur
 - Stolpersteinprojekte
 - Projekte, welche ein reflektiertes Geschichtsbewusstsein fördern und Bezüge zu aktuellen Ereignissen herstellen können mit aktiver Eigenleistung der Beteiligten

4.1.2 Zielgruppen

Die Partnerschaft für Demokratie soll landkreisweit agieren und alle Kommunen in den Fokus nehmen, um Einwohnerinnen und Einwohner in demokratische Prozesse einzubeziehen. Zur Zielgruppe zählen hierbei alle Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises. Stärker in den Fokus genommen werden jedoch Kinder und Jugendliche, Erziehungsberechtigte, Fachkräfte (Multiplikator*innen) sowie die Kommunalverwaltungen. Projekte sollen vorwiegend auf den bestehenden Bedarf reagieren.

4.2 Strukturelle Maßnahmen der Partnerschaft für Demokratie

4.2.1 Demokratiekonferenz / Jugendbarcamp

Einmal im Jahr werden alle relevanten zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, Organisationen vor Ort und Verantwortliche aus Politik und Verwaltung zu einem Treffen („Demokratiekonferenz“) eingeladen. Das Format variiert um einerseits Stand, Ziele und Ausrichtung der weiteren Arbeit in der „Partnerschaft für Demokratie“ partizipativ zu reflektieren sowie weitere Voraussetzungen für die Zusammenarbeit zu schaffen. Andererseits bietet diese Veranstaltung die Möglichkeit, Einwohner*innen einzubeziehen und auf die notwendige, vielseitige Demokratiearbeit aufmerksam zu machen. In diesem Rahmen ist die Kooperation mit der Kommune notwendig, um aktuelle Bedürfnisse einzubeziehen und die Gelingensfaktoren zu erhöhen. Jugend ist ein wichtiger Teil der Demokratiekonferenz. Um ihre Anliegen noch stärker zu fokussieren, dient die Demokratiekonferenz als Vorbild für die Umsetzung eines landkreisweiten Aktionstages für Jugend.

Im Landkreis Leipzig wird dies über das Jugendbarcamp realisiert. Einmal jährlich organisieren interessierte Jugendliche und aktive Jugendgruppen für alle Jugendlichen des Landkreises diesen Aktionstag. Ziel ist es, Ihre aktuellen Schwerpunkte zu erfahren und Ihnen eine Stimme zu geben sowie Beteiligungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Dabei werden ihre Themen nach ihren Wünschen bearbeitet (Workshop, Podiumsdiskussion, o.ä.). Entstandene Ideen werden im Anschluss durch die Unterstützung von Akteur*innen im Landkreis weiterbearbeitet. Dies ist ein Baustein, um Jugendbeteiligung im Landkreis jugendgerecht voran zu bringen.

4.2.2 Öffentlichkeitsarbeit

Während sich die Einzelmaßnahmen oft einer gewissen Bekanntheit erfreuen, werden diese noch zu wenig als Projekte der Lokalen Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Leipzig wahrgenommen. Um die Partnerschaft und die Expert*innen des Begleitausschusses bekannter zu machen, bedarf es einer umfangreichen, kontinuierlichen Öffentlichkeitsarbeit. Neben altbewährten Kommunikationskanälen wie Drucksachen, Newsletter, Homepage und soziale Medien startet eine Öffentlichkeitskampagne, welche durch die Servicestelle Beteiligung und Öffentlichkeitsarbeit betreut wird. Vertreter*innen des Begleitausschusses werden verstärkt in Gremien unter bzw. mit diesem Namen (Vertreter des Begleitausschusses der Lokalen Partnerschaft für Demokratie) auftreten und somit zu weiterer Bekanntheit beitragen. Die engere Verzahnung zu Kommunen soll die Expertise der Partnerschaft weiter in den Fokus rücken, so dass bei auftretenden Fragestellungen und Problemen die Partnerschaft zeitnah informiert ist und Hilfe bieten kann.

Die Servicestelle Öffentlichkeitsarbeit und Beteiligung berät zusätzlich die Öffentlichkeitsarbeit der Projektträger für einzelne Maßnahmen.

4.2.3 Qualitätssicherung

Zur Qualitätssicherung nehmen die Mitarbeiter*innen aus dem Koordinierungskreis regelmäßig an Fortbildungen, Fachtagen und Vernetzungstreffen teil. Bei themenüberschneidenden Veranstaltungen werden auch die Mitglieder des Begleitausschusses eingeladen. Die Mitarbeiter*innen erweitern und aktualisieren regelmäßig ihren Wissensstand. Innerhalb der Partnerschaft organisiert die Servicestelle Fachberatung und Begleitung anlassbezogene Fortbildungen, welche den Mitgliedern des Begleitausschusses, den Akteure*innen der Einzelmaßnahmen, Engagierten sowie Verwaltungsmitarbeiter*innen offenstehen.

Die Qualität der Einzelmaßnahmen wird durch die enge Beratung und Begleitung der Akteur*innen vor und während der Projektumsetzung gesichert.

Durch die Konkretisierung und Straffung der Ziele soll das Controlling zum SOLL-IST-Abgleich vereinfacht werden. Beim konzentrierten Arbeiten an konkreten Zielen wird die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit erhöht.

Am Jahresende folgt ein Reflexionstreffen sowie die Projektvorstellung vor den Mitgliedern des Begleitausschusses und weiteren lokalen und regionalen Netzwerkpartner*innen und Interessierten. Einmal jährlich wird der Sachbericht der Lokalen Partnerschaft dem Kreistag vorgestellt.

4.2.4 Finanzierung

Die Projekte und Maßnahmen der Lokalen Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Leipzig werden gemeinsam durch das BaFzA, den Freistaat Sachsen und den Landkreis Leipzig finanziert.

Fazit

Die Zielpyramide der Partnerschaft bildet ein Gesamtbild über die im Landkreis Leipzig zu bearbeitenden Präventionsthemen im Rahmen demokratiefeindlicher und menschenverachtender Bestrebungen. Die Konkretisierung der Schwerpunkte anhand der aktuellen Situationsanalyse soll helfen, wirksamer zu agieren und die Nachhaltigkeit zu verstärken. Der Zeitraum der Gültigkeit dieses Konzeptes wurde an die Förderperiode des Bundes angepasst. Im Anschluss daran wird eine Evaluation durchgeführt.

Die Ergebnisse bilden die Grundlage des Antrags für den Handlungsbereich Kommune im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben!" für die das Förderjahr 2022.